

Betreff:

Konzept zur Nutzung der Flüchtlingsunterkünfte

Organisationseinheit:

Dezernat V
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

16.01.2017

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 310 Westliches Ringgebiet (Anhörung)	17.01.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 113 Hondelage (Anhörung)	23.01.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Heidberg-Melverode (Anhörung)	25.01.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (Anhörung)	26.01.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	31.01.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel (Anhörung)	01.02.2017	Ö

Sachverhalt:

Am 21. Dezember 2015 hat der Rat der Stadt Braunschweig der Umsetzung des dezentralen Standortkonzeptes zur Unterbringung von Flüchtlingen zugestimmt. Es sieht sechzehn dezentrale Standorte für Flüchtlingsunterkünfte im Stadtgebiet vor. Acht Standorte befinden sich zurzeit in der Umsetzung.

Im Jahr 2016 wurden der Stadt Braunschweig insgesamt deutlich weniger als die am Anfang des Jahres erwarteten 1.000 Flüchtlinge zugewiesen. In 2016 wurden bis zum Jahresende tatsächlich 434 Personen zugewiesen. Für 2017 beträgt die Zuweisungsquote derzeit 492 Personen. Nach Mitteilung der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen - Standort Braunschweig - ist zunächst von einer wöchentlichen Zuweisung von 3 bis 5 Flüchtlingen auszugehen.

Das Konzept zur Nutzung der Flüchtlingsunterkünfte soll dem Rat der Stadt Braunschweig am 28. März 2017 zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Wegen noch durchzuführender Abstimmungen und Vertragsverhandlungen, insbesondere aufgrund der vorgesehenen Nutzungsänderungen, erfolgt hiermit eine Mitteilung zur Anhörung gem. § 94 Abs. 1 Satz 1 NKomVG. Zur Wahrung der Beteiligungsrechte der Stadtbezirksräte gem. § 94 Abs. 3 NKomVG werden die Planungen zur Nutzung der Flüchtlingsunterkünfte anhand anliegender Präsentation, die inhaltlich dem vorgesehenen Nutzungskonzept entspricht, vorgestellt.

Nicht alle der im Bau befindlichen acht Standorte werden sofort und auf Dauer für die Unterbringung von Flüchtlingen benötigt und können daher auch als Wohnstandorte (Hondelage und Lamme) und für studentisches Wohnen (Ölper und Nordstadt) genutzt werden. Das kommt dem angespannten Braunschweiger Wohnungsmarkt zugute und verbessert die Wohnungssituation der Studentinnen und Studenten in Braunschweig.

Maßgeblich für die aktuell vorgesehene Art der Nutzung der einzelnen Standorte sind die Kriterien Umfang des Unterbringungsbedarfs, Zeitpunkt der Fertigstellung der jeweiligen Standorte, baurechtlich zulässige Nutzungsart sowie Lage der Standorte.

Die vorgesehene Nutzung geht von den derzeit im Wesentlichen bekannten Bedingungen aus. Diese können großen Veränderungen unterworfen sein. Größtmögliche Flexibilität bei

der Nutzung der Standorte muss gewährleistet sein, da die Gesamtflüchtlingssituation sehr unsicher ist. Aufgrund dieser ungewissen Gesamtlage müssen die zu treffenden vertraglichen Konstellationen so flexibel wie möglich gestaltet werden. Auf zurzeit noch nicht absehbare Entwicklungen muss möglichst umgehend reagiert werden können. Eine schnelle Nutzungsrückführung zur Unterbringung von Flüchtlingen muss vorgesehen werden. Entsprechende Verträge, z. B. mit dem Studentenwerk, sind abzuschließen.

Die zurzeit als Gemeinschaftsunterkunft zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzte Sporthalle in der Arminiusstraße soll schnellstmöglich dem Schul- und Vereinssport wieder zur Verfügung gestellt werden.

Die Gemeinschaftsunterkunft in der Saarbrückener Straße soll zunächst als Unterbringungsreserve vorgehalten werden.

Dr. Hanke

Anlage/n:

Nutzungskonzept Flüchtlingsunterkünfte



Konzept zur Nutzung der Flüchtlingsunterkünfte





Ausgangslage Unterbringung

Zuweisungen 2016 **434 Personen**

Davon untergebracht (Stand 31.12.2016):

Gemeinschaftsunterkunft Saarbrückener Straße	79 Personen
Sporthalle Arminiusstraße	115 Personen
Dezentrale Wohnungen	94 Personen

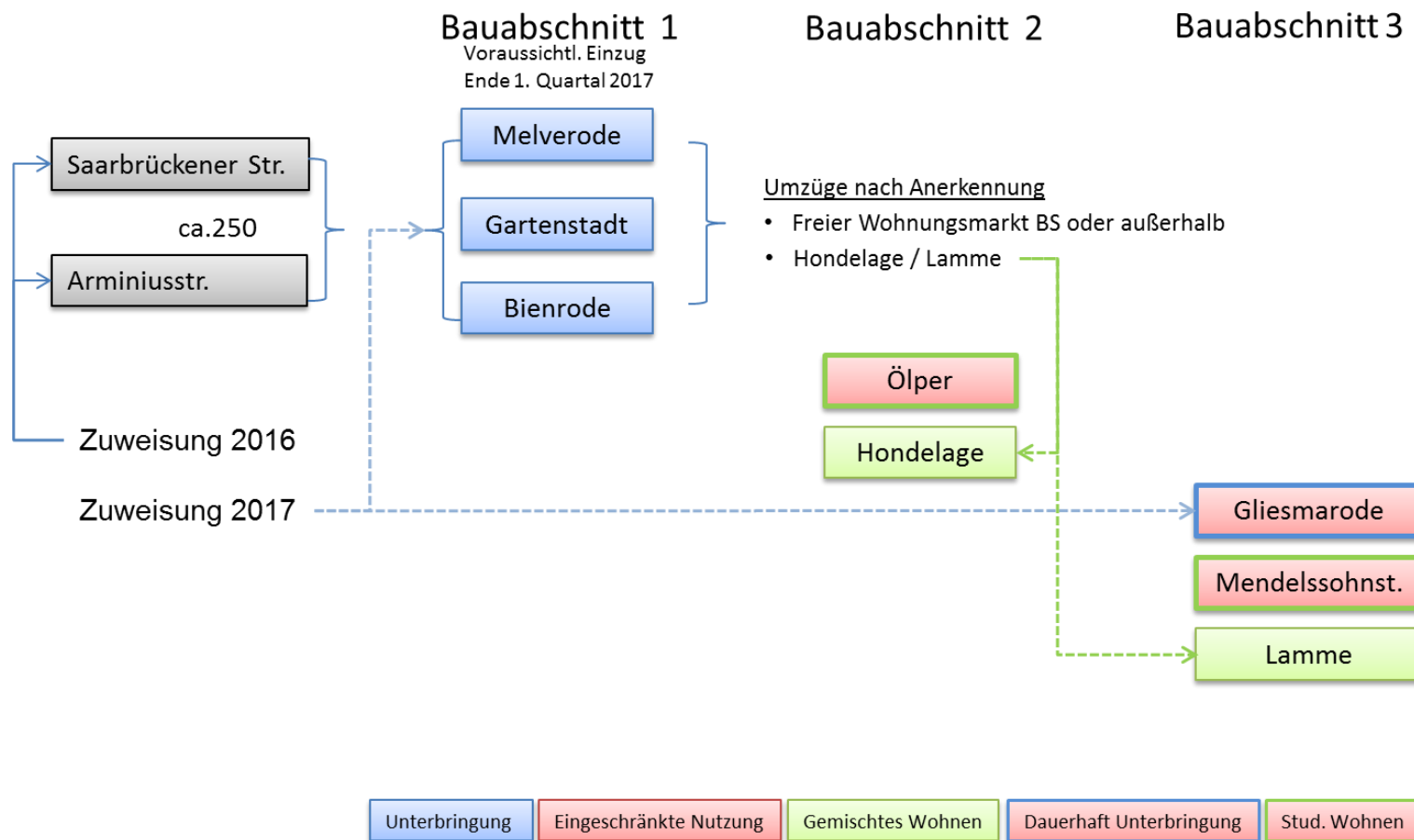
Zuweisungsquote 2017 **492 Personen**

(Zeitraum bis voraussichtlich Ende 2017)

Zuweisungen 1. und 2. KW 2017 **10 Personen**



Nutzung der Standorte im Überblick





Wohneinheiten der Standorte

Typ A

Im Rahmen der Unterbringung beläuft sich die Aufnahmekapazität auf bis zu 100 Personen.

Im Rahmen der Wohnraumnutzung stehen 26 (WE) zur Verfügung, davon

- | | |
|------------------------|---------------------------------|
| 10 WE mit einem Zimmer | - Größe ca. 22 m ² , |
| 8 WE mit zwei Zimmern | - Größe ca. 42 m ² , |
| 8 WE mit drei Zimmern | - Größe ca. 62 m ² . |

Typ B (Hondelage)

Im Rahmen der Unterbringung beläuft sich die Aufnahmekapazität auf bis zu 86 Personen.

Im Rahmen der Wohnraumnutzung stehen 23 WE zur Verfügung, davon

- | | |
|-----------------------|---------------------------------|
| 9 WE mit einem Zimmer | - Größe ca. 22 m ² , |
| 7 WE mit zwei Zimmern | - Größe ca. 42 m ² , |
| 7 WE mit drei Zimmern | - Größe ca. 62 m ² . |



Doppelzimmer_2 Personen

Modul A 1: 1er Modul_2 Pers

NGF: 20,28 qm > NF pro Person: 10,00 qm

Zimmer: 10,72 qm

Küche: 6,56 qm

Bad: 2,72 qm

Abst.: 0,60 qm

1



Familie/ Gruppe_4 Personen

Modul A 2: 2er Modul_4 Pers

NGF: 42,14 qm > NF pro Person: 10,54 qm

Zimmer 1: 9,26 qm

Zimmer 2: 8,00 qm

Bad: 3,36 qm

Wohnen: 16,29 qm

Küche: 4,51 qm

Abst.: 0,72 qm

2





Wohngruppe_6 Personen

Modul A 4: 3_er Modul_6 Pers

NGF: 62,17 qm

> NF pro Person: 10,36 qm

Zimmer 1: 9,60 qm

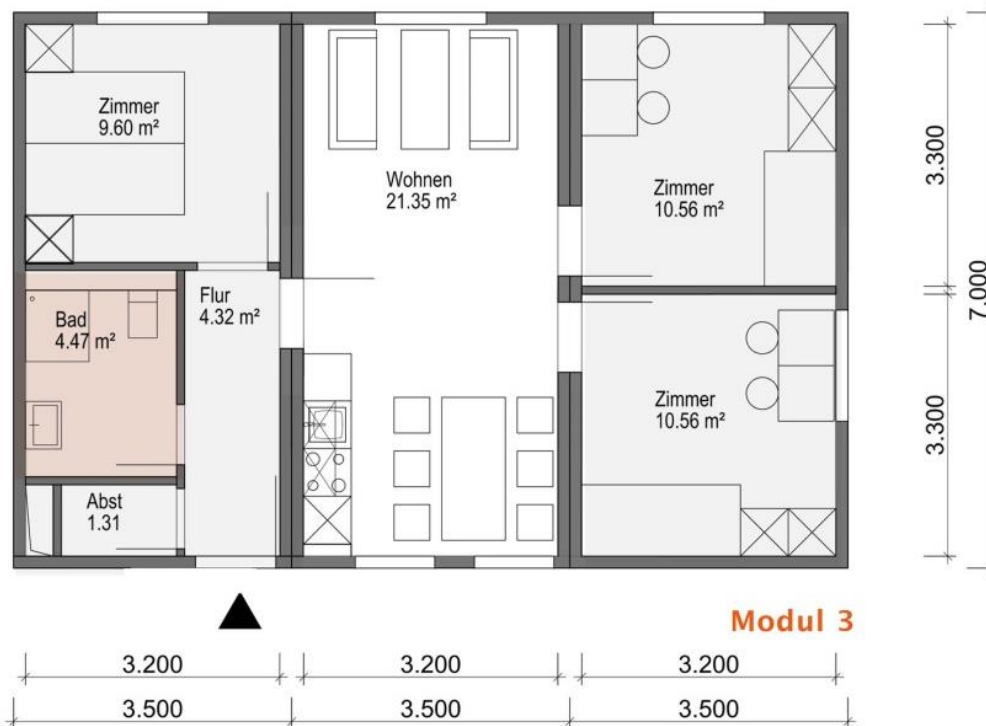
Zimmer 2: 10,56 qm

Zimmer 3: 10,56 qm

Wohnen/Küche: 21,35 qm

Flur: 4,32 qm

Bad : 4,47 qm , Abst.: 1,31 qm





Grundriss
Erdgeschoss



Grundriss
Obergeschoss



Betreuung der Standorte zur Unterbringung von Flüchtlingen

Es ist vorgesehen,

- **dass die Betreuung durch städtisches Personal erfolgt**
- **24 Stunden ein Ansprechpartner vor Ort vorhanden ist**
- **Personalausstattung**
 - **Sozialpädagogin/Sozialpädagoge ganztags**
 - **Verwaltungskraft halbtags**
 - **Unterkunftswart (7.30 Uhr bis 16.00 Uhr)**
- **Sicherheitsdienst (16.00 Uhr bis 7.30 Uhr)**



Fassadenansicht (Planung)



Absender:

SPD Fraktion im Stadtbezirksrat 321

TOP 7.1

17-03730

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Einsatz Seitenstrahlmessgerät in der Straße "Alte Landwehr"

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel
(Entscheidung)

01.02.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, in der Straße „Alte Landwehr“ in Ölper zur Gewinnung von Verkehrsdaten das Seitenstrahlmessgerät einzusetzen.

Sachverhalt:

Begründung

erfolgt mündlich

gez. Jens Kamphenkel

Anlage/n:

keine

Absender:

SPD Fraktion im Stadtbezirksrat 321

TOP 7.2

17-03731

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Halteverbot im Bereich der Ein- und Ausfahrt bei der Feuerwehr
Ölper**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel
(Entscheidung)

01.02.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen, um das Halteverbot im Bockshornweg, im Bereich der Zufahrt zum Feuerwehrhaus Ölper nachhaltiger zu kommunizieren und durchzusetzen.

Sachverhalt:

Begründung

erfolgt mündlich

gez. Jens Kamphenkel

Anlage/n:

keine

Betreff:

Planung und Ausbau der Burbacher Straße

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

23.01.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel
(Entscheidung)

Sitzungstermin

01.02.2017

Status

Ö

Beschluss:

„Der Planung und dem Ausbau der Burbacher Straße wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

1. Beschlusskompetenz des Stadtbezirksrates

Die Beschlusskompetenz des Stadtbezirksrates ergibt sich aus § 93 (1) NKomVG in Verbindung mit § 16 (1) Ziffer 6 der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Vorlage zur Planung und zum Ausbau der Burbacher Straße um einen Um- und Ausbau einer Straße, deren Bedeutung nicht wesentlich über den Stadtbezirk hinausgeht.

2. Anlass

Die Burbacher Straße ist mit den Möglichkeiten der Straßenunterhaltung nicht länger wirtschaftlich zu unterhalten. Die Leitungsträger haben mitgeteilt, dass die Hausanschlüsse der Kanäle, die Kanäle selbst und einige Leitungen sowie die Beleuchtung erneuerungsbedürftig sind. Angesichts dieser Gesamtsituation wurde die Straße überplant.

3. Planung

Bei der Burbacher Straße handelt es sich um eine reine Wohnstraße mit Einfamilienhausbebauung und einer Straßenparzellenbreite von ca. 6,50 m. Wie in vergleichbaren Straßenzügen in Lehdorf auch, soll in der Burbacher Straße unter dem Aspekt der Schaffung besserer Aufenthaltsqualität ein verkehrsberuhigter Bereich geplant werden (siehe Anlage). Erreicht wird dies durch versetzte Anordnung von Geschwindigkeitsdämpfern und markierten Parkplätzen, die eine langsame Fahrweise nahelegen. Bei der Planung der Lage dieser Geschwindigkeitsdämpfer und der Parkplätze wurden alle Zufahrten und Zugänge auf die Grundstücke berücksichtigt. Die Geschwindigkeitsdämpfer bestehen aus Inseln von etwa 5 m² Größe, die mit hellem Natursteinpflaster ausgepflastert und zur besseren Erkennbarkeit mit Natursteinpollern ausgestattet werden sollen. Als Oberflächenmaterial der Aufenthalts- und Fahrflächen ist Betonpflaster in grau und für die Parkflächen Betonpflaster in Anthrazit vorgesehen. Die Einmündungen aus der Homburgstraße und der Saarbrückener Straße werden so gestaltet, dass den Nutzern die veränderte Straßenkategorie des verkehrsberuhigten Bereiches verdeutlicht wird.

4. Informationsveranstaltung

Am 28.09.2016 hatte die Verwaltung alle Grundstückseigentümer schriftlich sowie die Öffentlichkeit über die Medien eingeladen, um die Planung zu erläutern, die Rahmenbedingungen der Straßenausbaubeitragssatzung zu erklären, Fragen zu beantworten und mit den Betroffenen zu diskutieren. Die engagierte und konstruktive Diskussion hatte folgende Schwerpunkte:

- Ein Anlieger machte darauf aufmerksam, dass der Zugang zu seinen Mülltonnen durch einen Parkplatz versperrt sei. Der Hinweis wird aufgegriffen, der Parkplatz entfällt.
- Es wird die Sorge geäußert, dass die Geschwindigkeitsdämpfer bei Dunkelheit nicht zu erkennen sind. Die Verwaltung geht davon aus, dass im Zuge der neu ausgebauten Burbacher Straße Schrittgeschwindigkeit gefahren wird und dass jeder Verkehrsteilnehmer sowohl tagsüber als auch bei Dunkelheit bei dieser niedrigen Geschwindigkeit die Straßeneinbauten erkennen kann. Dessen ungeachtet wird den Bedenken Rechnung getragen. Nach Prüfung des Sachverhalts schlägt die Verwaltung den Einbau von Natursteinpollern vor.
- Ein Anwohner äußert Probleme mit der Anordnung von Parkplätzen. Es hätte doch bisher auch funktioniert, weshalb die Straße denn jetzt umgestaltet werden müsse. Die Verwaltung erläuterte, dass die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches mit der Notwendigkeit, Parkplätze als solche zu markieren, verbunden sei.
- Von einigen Anliegern wurde die Auffassung geäußert, die angebotenen 17 Parkplätze seien zu wenig. Die Verwaltung stellte dar, dass Erhebungen durchgeführt wurden und an keinem der Erhebungstage mehr als 12 Fahrzeuge auf der Burbacher Straße gezählt wurden. Mehrere Anlieger bestätigten diese Ergebnisse und begrüßen die Anlage von 17 Parkplätzen.
- Auf Nachfrage einer Anliegerin wird bestätigt, dass die Straße so geplant ist, dass sie nicht auf private Grundstücke entwässert.
- Ein Anwohner stellt zusammen mit seiner Frau als Straßenbelag Asphalt zur Diskussion und stellt aus seiner Sicht Vorteile einer Asphaltdecke dar. Bei Glatteis gäbe es bei Asphalt keine Schwierigkeiten, Kinder könnten auf Asphalt besser Rollschuh fahren, ältere Menschen hätten auf Asphalt besonders bei Nässe keine Probleme und eine private Befragung hätte ausnahmslos zum Ergebnis gehabt, dass alle eine Asphaltstraße wollen würden. Die Verwaltung schlägt vor, die Burbacher Straße in Betonsteinpflasterbauweise zu realisieren, weil dies für alle Nutzer Aufenthalt und Spielen suggeriert und damit für eine geringere Geschwindigkeit sorgt, als dies bei einer Asphaltstraße der Fall wäre. Im Anschluss an die Diskussion dieses Punktes wurde für die Verwaltung deutlich, dass die übrigen Anlieger mit großer Mehrheit eine Betonsteinpflasterbauweise favorisieren.
- Es wird angeregt, die Geschwindigkeitsdämpfer nicht rechtwinklig auszubilden, da die Kehrmaschine sonst die Ecken nicht reinigen würde. Die Verwaltung kann diesen Hinweis nachvollziehen, rät aber von einer anderen Bauweise deshalb ab, weil dieses auf ganzer Länge Parkplätze kosten würde.
- Ein Bürger regt an, im Bereich der Geschwindigkeitsdämpfer einen Wettbewerb mit der Kunsthochschule zu initiieren und zur besseren Erkennbarkeit dieser Geschwindigkeitsdämpfer dort Kunstwerke zu installieren. Die Verwaltung freut sich über diese kreative Idee der Gestaltung eines öffentlichen Straßenraumes, muss jedoch in diesem Bereich von einer Umsetzung abraten, da alle Einbauten in den öffentlichen Straßenraum besonders strengen Anforderungen hinsichtlich der Verkehrssicherheit genügen müssen und die Stadt für die Unterhaltskosten für die Sicherstellung der Verkehrssicherheit dieser potentiellen Kunstwerke verantwortlich wäre. Die Haushaltsmittel für diese zusätzlichen Einbauten stehen nicht zur Verfügung.

- Ein Anlieger äußert den Wunsch, vor seinem Gebäude, Hausnummer 1, einen Geschwindigkeitsdämpfer mit einem Parkplatz zu tauschen. Die Verwaltung hat diesen Vorschlag aufgegriffen.
- Ein Anlieger schlägt für die Grünfläche am Anfang der Burbacher Straße an der Saarbrückener Straße eine Sitzbank vor. Die Verwaltung hat die Idee aufgegriffen.

Nach der Sitzung und auch in den nachfolgenden Tagen ist der Verwaltung eine Reihe von Einschätzungen der Planung mündlich und als E-Mail bekannt geworden. Thema dieser Einschätzungen ist durchgehend eine Zustimmung zur Planung und Darstellung der Vorteile von verkehrsberuhigten Bereichen für die Aufenthaltsqualität. Die Verwaltung hat deshalb und aus den Diskussionen in der Informationsveranstaltung den Eindruck gewonnen, dass die Planung der Burbacher Straße grundsätzlich befürwortet wird.

Am 20.10.2016 hat die Stadtverwaltung ein Schreiben eines Anwohners der Burbacher Straße erreicht, der eine Befragung zum Material der Oberfläche nahezu aller Grundstückseigner bzw. Anrainer der Burbacher Straße durchgeführt hat. Demnach entfielen von insgesamt 35 Stimmabgaben 22 Stimmen auf eine Asphaltoberfläche, während eine Oberfläche aus Betonsteinpflaster 13 Stimmen erhielt.

Ein Schreiben eines Anwohners vom 04.11.2016 stellt die geplanten Geschwindigkeitsdämpfer in Frage. Auch zu dieser Thematik wurde ein Meinungsbild erstellt, bei dem sich unter 27 Stimmabgaben 3 Stimmen für und 23 Stimmen gegen die als „verkehrsberuhigenden Nasen“ betitelten Geschwindigkeitsdämpfer ausgesprochen haben.

Der Verwaltung ist nicht bekannt wie diese Meinungsbilder zustande kamen, die dem vorstehend genannten Eindruck aus der Informationsveranstaltung und weiteren direkten Rückmeldungen widersprechen.

Unter Abwägung aller bekannten Vor- und Nachteile ist die Verwaltung nach wie vor bestrebt, die Burbacher Straße mit einer Pflasterdecke herzustellen. Den Ausschlag geben dabei vor allem die Verbesserung der Aufenthaltsqualität für die Anwohner, die Verringerung der Unterhaltungskosten sowie der Bezug zur Gestaltung der benachbarten Straßenzüge im Sinne der Identifikation eines einheitlichen Erscheinungsbildes im Quartier Lehdorf.

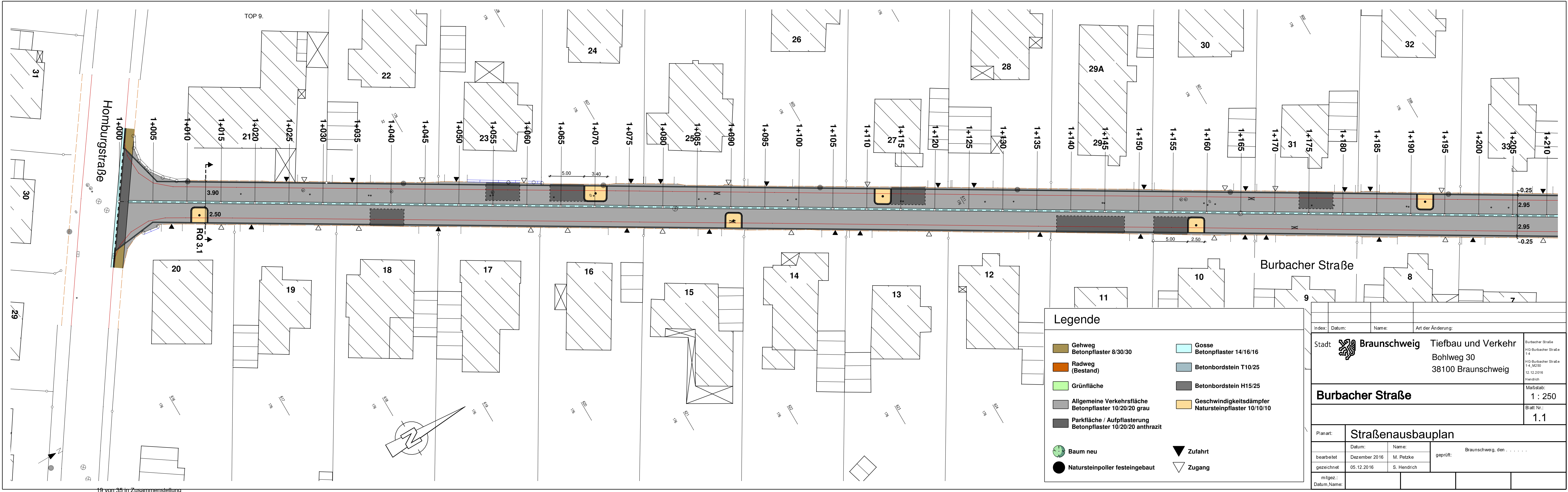
In Bezug auf die Geschwindigkeitsdämpfer sind derartige Elemente aus planerischer Sicht sogar ausdrücklich geboten. Bauliche Maßnahmen zur Geschwindigkeitsdämpfung sind dort erforderlich, wo aus Gründen der Verkehrssicherheit eine deutlich reduzierte Geschwindigkeit vorherrschen muss. Die Erfahrung der Straßenplanung bestätigt diese Auffassung und macht die Anordnung von Geschwindigkeitsdämpfern in verkehrsberuhigten Bereichen unumgänglich. Neben den genannten Gründen der Verkehrsberuhigung sind auch diese Elemente Teil einer homogenen und ansprechenden Gestaltung im Quartier Lehdorf.

5. Finanzierung

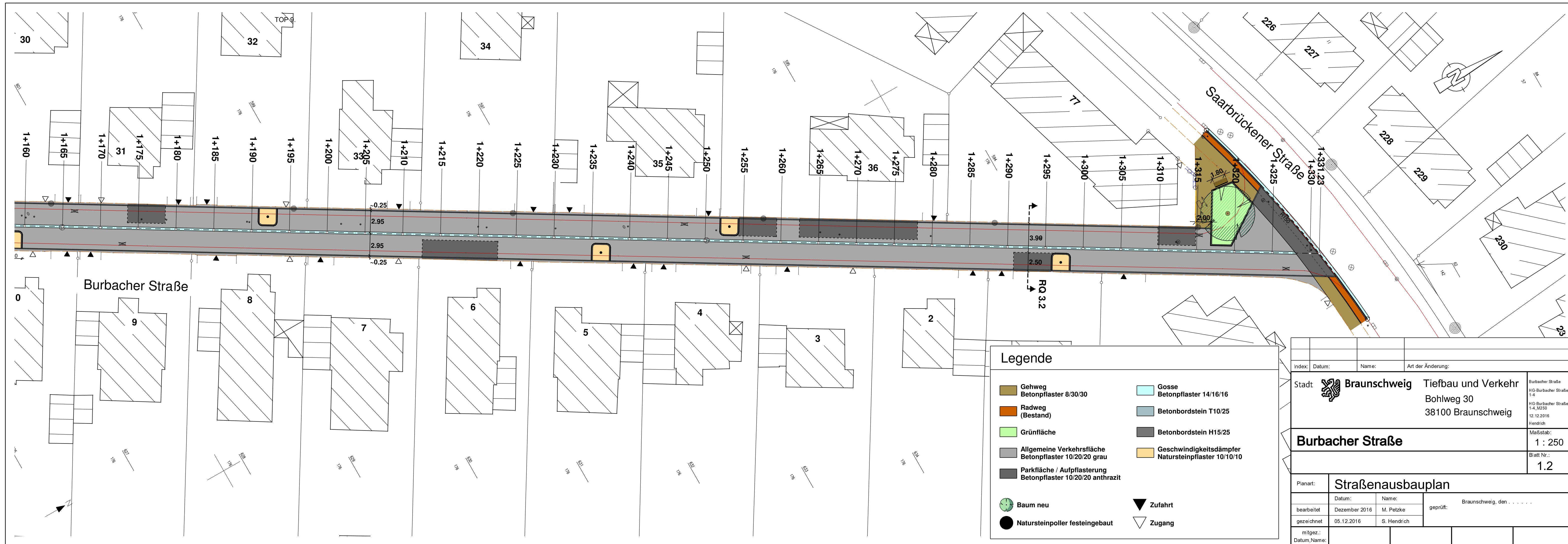
Die Kosten für den Straßenbau in der Burbacher Straße betragen ca. 360.000 €. Davon übernehmen die Leitungsträger ca. 135.000 €. Die Anlieger beteiligen sich über Straßenausbaubeiträge mit ca. 135.000 € an der Finanzierung. Die Finanzierung erfolgt aus dem Projekt 5S.660014 (Straßenerneuerung Lehdorf).

Leuer

Anlage/n:
Lageplan



Index: Datum: Name: Art der Änderung:			
Stadt Braunschweig		Tiefbau und Verkehr	
Burbacher Straße		Bohlweg 30 38100 Braunschweig	
Burbacher Straße		Maßstab: 1 : 250	
Planart: Straßenausbauplan		Blatt Nr.: 1.1	
bearbeitet	Datum: Dezember 2016	Name: M. Petzke	geprüft: Braunschweig, den
gezeichnet	05.12.2016	S. Hendrich	
mitgez.: Datum, Name:			



Absender:

SPD Fraktion im Stadtbezirksrat 321

TOP 11.1

17-03733

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Straßenschäden Saarstraße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel
(Entscheidung)

01.02.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten,

- schleunigst auf der Saarstraße die Straßenschäden zu beseitigen
- nach der Frostperiode neuerlich auftretende Straßenschäden sogleich zu beheben
- die Markierung der Einmündung Fahrradweg zu erneuern.

Sachverhalt:

Begründung

erfolgt mündlich

gez. Jens Kamphenkel

Anlage/n:

keine

Absender:

SPD Fraktion im Stadtbezirksrat 321

TOP 11.2

17-03735

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Straßenbeschilderung der Sudermannstraße, in Verlängerung
Rischastraße**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel
(Entscheidung)

01.02.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Straße zu den Wohnhäusern Sudermannstraße, welche über die Verlängerung der Rischausstraße erreicht werden, mit einem Straßenschild „Sudermannstraße“ mit den entsprechenden Hausnummern auszuschildern.

Sachverhalt:

Begründung

erfolgt mündlich

gez. Jens Kamphenkel

Anlage/n:

keine

Betreff:

Instandsetzung Wartehäuschen Bushaltestelle Hüttenweg stadteinwärts

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel
(Entscheidung)

01.02.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Die Verwaltung wird gebeten, das Wartehäuschen Bushaltestelle Hüttenweg stadteinwärts zu sanieren (neue Scheiben, neuer Anstrich) und den Wartebereich mit einer Beleuchtung auszustatten.

Sachverhalt:

Das Wartehaus an der Bushaltestelle Hüttenweg stadteinwärts liegt als gemauerter Anbau an das DHG Lamme im Schatten der Straßenbeleuchtung. Teilweise besteht die Seitenwand aus Glas, welches seit geraumer Zeit eingeschlagen und zerstört ist. Dies vorangestellt, wird der Bezirksrat um folgenden Beschluss gebeten.

gez. Jens Kamphenkel

Anlage/n:

keine

Betreff:

**Straßenbeleuchtung vom Lammer Kreisel bis zur Feuerwehr
Lamme**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel
(Entscheidung)

01.02.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Die Verwaltung wird gebeten, den Fußweg linkseitig entlang der Neudammstraße vom Lammer Kreisel bis zum Feuerwehrhaus mit einer Beleuchtung zu versehen.

Sachverhalt:

Zur Fertigstellung des neuen Feuerwehrhauses in Lamme wurde auch ein Fußwegweg entlang der Neudammstraße vom Lammer Kreisel kommend bis zum Feuerwehrhaus angelegt. Dieser Weg ist der direkte Fußweg zur Feuerwehr und wird insbesondere auch von den Mitgliedern der Kinder- und Jugendwehr und allen Angehörigen der Feuerweher genutzt, die das Feuerwehrhaus nicht mit dem Auto anfahren. Da dieser Weg völlig unbeleuchtet ist, wird der Bezirksrat um folgenden Beschluss gebeten:

gez. Jens Kamphenkel

Anlage/n:

keine

Betreff:

30erZone Rischaustraße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel
(Entscheidung)

01.02.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Die Verwaltung wird gebeten, die Rischaustraße als 30erZone auszuweisen.

Sachverhalt:

Im Blick auf die Ordnung des Straßenverkehrs in der Rischaustraße in Watenbüttel ist festzustellen, dass es einen Fußweg in der Straße nur auf der einen Seite gibt, während die Anlieger auf der gegenüberliegenden Seite von ihrem Grundstück direkt auf die Fahrbahn treten, ferner im Hinblick darauf, dass die Fahrbahn am Ende der Straße ohne Bordsteinkante in einen Fußweg übergeht, den die Autofahrer zum Wenden oder zur Durchfahrt nutzen. Hierbei sind die fünfzehn in der Straße wohnenden Kinder (Altersspanne 0 bis zehn Jahre) ebenso gefährdet wie beim Überqueren der Straße. Eine Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit würde die Gefährdung reduzieren. Dies vorausgeschickt möge der Bezirksrat beschließen.

gez. Jens Kamphenkel

Anlage/n:

keine

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 321

TOP 12.1

17-03729

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Erweiterung des Kinderspielplatzes Saarlouisstraße/Neunkirchener Straße zu einem Mehrgenerationenplatz

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel (zur
Beantwortung)

01.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Es wird um Sachstandsmitteilung bezüglich der Erweiterung des Kinderspielplatzes Saarlouisstraße/Neunkirchener Straße zu einem Mehrgenerationenplatz gebeten.

gez. Jens Kamphenkel
Unterschrift

Anlage/n:

keine

*Betreff:***Lückenschluss des Radwegenetzes zwischen Veltenhof und Ölper***Empfänger:*

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel (zur
Beantwortung)

01.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Das Radwegenetz ist zwischen Ölper und Veltenhof entlang der Verbindungsstraße Wiesental zwischen den beiden Stadtbezirken von der Celler Heerstraße bis zur Oker am Ortseingang Veltenhof unterbrochen. Da die Straße auf diesem Streckenabschnitt sehr kurvig ist, hat sie hier ein besonders hohes Gefährdungspotential insbesondere für Kinder und Jugendliche, aber auch für andere Radfahrer. Nördlich der Okerbrücke gibt es entlang der Westseite einen Radweg Richtung Veltenhof. Um eine für alle Verkehrsteilnehmer sichere Verbindung zwischen den beiden Stadtbezirken zu schaffen, ergeht die Frage an die Verwaltung, ob ein Lückenschluss dieses Abschnittes auf einer Länge von etwa 600 m im Rahmen des niedersächsischen Radwegekonzeptes 2016 förderfähig wäre und auf welche Höhe die Verwaltung die Baukosten zu dessen Realisierung einschätzt und in welchem zeitlichen Rahmen dies möglich wäre. Ein solcher Lückenschluss würde auch gut in das Kleine Dörfer-Weg Konzept passen, das in Braunschweig andernorts existiert.

Gez.

Dr. Beate Janert

Anlage/n:

Radwegekonzept 2016 für Landesstraßen

Anhang:

Quelle 1: Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr am 29.06.2016

Niedersachsen: Fortschreibung des "Radwegekonzept 2016 für Landesstraßen" vorgelegt

Mit der am 12.5.2015 vom Landtag angenommenen Entschließung "Fahrradland Niedersachsen stärken" wurde die Landesregierung aufgefordert, das Radwegekonzept 2012 fortzuschreiben.

Das nunmehr vorliegende Radwegekonzept 2016 wurde nach intensiven Gesprächen der Geschäftsbereiche der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) mit den Landkreisen und kreisfreien Städten aufgestellt. Örtliche Interessen konnten über die Landkreise eingebunden werden.

Das Radwegekonzept 2016 ist die Grundlage für die Planung und den Bau von straßenbegleitenden Radwegen an Landesstraßen. Das heutige Radwegenetz deckt mit 4.500 km Länge - landesweit gesehen - über die Hälfte des rd. 8.000 km Landesstraßennetzes ab. Allerdings ist der Ausstattungsgrad auf Grund der Topografie, der Verkehrsbelastung und der Nachfrage aus der Örtlichkeit regional unterschiedlich.

Bei der Fortschreibung 2016 wurden daher zunächst die Wünsche nach einer Netzergänzung aufgenommen. Über 600 Projekte mit einem Investitionsvolumen von über 400 Mio. € bei 1.700 km Länge lassen sich mit den Ressourcen des Landes nicht gleichzeitig bearbeiten. Daher wurde erneut eine Unterteilung in einen "vordringlichen" und einen "weiteren Bedarf" vorgenommen.

144 Projekte mit einer Länge von 461 km und einem Investitionsvolumen von rd. 100 Mio. Euro wurden nach den Kriterien Radwegsicherung an Kitas und Schulen, Radfahrerpotential, Lückenschluss, Tourismus, Machbarkeit und Kostenrelevanz gereiht und in den "vordringlichen Bedarf" des jeweiligen Geschäftsbereichs aufgenommen. Nur diese Projekte werden von der NLStBV geplant und an Hand der finanziellen und personellen Ressourcen gemäß der internen Reihung in den nächsten Jahren umgesetzt. Freiwillige Leistungen engagierter Kommunen können die Realisierung einzelner Projekte beschleunigen.

Die übrigen 466 genannten Projekte mit einer Gesamtlänge von 1.300 km wurden dem "weiteren Bedarf" zugeordnet und stehen damit nicht auf der Agenda des Landes.

Das neue Konzept 2016 beinhaltet keine pauschale Zuteilung von Maßnahmen je Geschäftsbereich mehr, sondern berücksichtigt den vorhandenen regionalen Ausstattungsgrad, die Wünsche der letzten Fortschreibung 2012, die noch im "vordringlichen Bedarf" verbliebenen Maßnahmen und die Ressourcen der Geschäftsbereiche.

Quelle: Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr am 29.06.2016

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 321

TOP 12.3

17-03734

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Niederflurgerechter Umbau von Bushaltestellen im Stadtbezirk

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel (zur
Beantwortung)

01.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Verwaltung wird um Übersendung der aktuellen Prioritätenliste zum niederflurgerechten Umbau von Bushaltestellen im Stadtbezirk gebeten.

gez. Jens Kamphenkel

Unterschrift

Anlage/n:

keine

Absender:

CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 321

TOP 12.4

17-03685

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Sozialatlas- Stadtteilprofile 2016

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel (zur
Beantwortung)

01.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Den Stadtbezirksräten wurden die Stadtteilprofile aus dem Sozialatlas 2016 außerhalb von Sitzungen zur Kenntnis gegeben. Weitere Informationen erfolgten nicht.

Deshalb wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten.

1. Gibt es Handlungsempfehlungen auf der Grundlage der Veröffentlichung für den Stadtbezirk 321?
2. Gibt es bereits unmittelbaren Handlungsbedarf?

Gez. Karl Grziwa

Anlage/n:

keine

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 321

TOP 12.5

17-03738

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Hochwasserschutzkonzept der Stadt Braunschweig

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel (zur
Beantwortung)

01.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Es wird um Sachstandsmitteilung zum Hochwasserschutzkonzept der Stadt Braunschweig gebeten.

gez. Jens Kamphenkel

Unterschrift

Anlage/n:

keine

Betreff:

Bedarf an Jugendspielflächen im Stadtbezirk 321

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel (zur
Beantwortung)

01.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

In wie weit sieht die Verwaltung den Bedarf an Jugendspielflächen im Stadtbezirk 321 in den statistischen Bezirken 29-35 und 60 in Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung der 0-18 Jährigen als gedeckt an?

Hintergrund:

Auf Grundlage der von der Stadt Braunschweig veröffentlichten Statistik zur Bevölkerung in den statistischen Bezirken nach Altersgruppen wurde der Anteil von Kindern und Jugendlichen im Stadtbezirk 321 in den zugehörigen statistischen Bezirken ermittelt. (Siehe Anhang).
Der absoluten Anzahl von Jugendlichen zwischen 12-18 Jahren (Stand Melderegister 31.12.2015) sind die derzeit vorhandenen Jugendspielflächen (Quelle: Stadt Braunschweig FB Kinder, Jugend und Familie Kinderstadtplan Lamme/Lehdorf/Kanzlerfeld Stand August 2014; Kinderstadtplan Rühme, Schwarzer Berg, Veltenhof Ölper Stand Mai 2013 und Kinderstadtplan Watenbüttel&Völkenrode Stand August 2014) ergänzt durch vor Ort-Besichtigung gegenübergestellt:

Watenbüttel : 115 Jugendliche:	1 Basketballkorb, Seilbahn und Bolzplatz gegenüber vom Friedhof
Völkenrode: 120 Jugendliche:	2 Basketballkörbe (Stiegmorgen und Bleeke) und 1 Bolzplatz (Hartriegelweg)
Ölper: 140 Jugendliche:	1 Basketballkorb, Bolzplatz und Skateranlage (Biberweg)
Lehdorf: 365 Jugendliche:	1 Basketballkorb(Saarluisstr) und 2 Bolzplätze (Fremersdorfer str. und Karlsbrunnerstr.)
Kanzlerfeld: 177 Jugendliche:	2 Basketballkörbe (Breitscheidstr.) und 3 Bolzplätze (Breitscheidstr., Paracelsusstr. und Ferdinand von Rosenbruchweg)
Lamme: 489 Jugendliche:	3 Basketballkörbe, 1 Skateranlage 1 Bolzplatz , 1 Kletterwand, ein überdachter Aufenthaltsbereich (östlich der Neudammstraße, südlich von der Grundschule Lammer Heide) 1 Volleyballfeld, 1 Basketballkorb 1 Reifenschaukelrondell (östlich der Neudammstraße

Anhang: Anzahl von Kindern und Jugendlichen von 0-18 Jahren im Stadtbezirk 321 laut Melderegister vom 31.12.2015

Gez.

Dr. Beate Janert

Anlage/n:

Statistik über Kinder und Jugendliche im 321 nach dem Melderegister

TOP 12.6

	0-3 Jahre	3-6 Jahre	6-10 Jahre	10-12 Jahre	12-14 Jahre	14-16 Jahre	16-18 Jahre	12-18 Jahre	0-18 Jahre
Watenbüttel Stat 35 31.12.2015	55	72	63	40	27	42	46	115	345
Völkeroode Stat 34 31.12.2015	41	51	72	43	41	37	42	120	327
Lamme Stat.60 31.12.2015	188	245	344	153	173	154	162	489	1419
Ölper Stat 36 31.12.2015	40	29	52	20	22	36	82	140	281
Kanzlerfeld Stat 32/33 31.12.2015	90	118	126	57	55	64	58	177	568
Summe Lehdorf 31.12.2015 aus den statistischen Bezirken 29-31	155	179	248	113	121	118	126	365	1060

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 321

TOP 12.7

17-03741

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Übersicht bei der Ausfahrt Rischaustraße auf die Hans-Jürgen-Straße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel (zur
Beantwortung)

01.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Verwaltung wird um Mitteilung gebeten, welche Lösungsmöglichkeiten es gibt, die Einsicht in die Hans-Jürgen-Straße, bei Ausfahrt aus der Rischaustraße, zu verbessern.

gez. Jens Kamphenkel
Unterschrift

Anlage/n:

keine

Betreff:

Trinkwassernotbrunnen im Stadtbezirk 321

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel (zur
Beantwortung)

01.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Gewährleisten die derzeit vorhandenen Trinkwassernotbrunnen eine Trinkwassernotversorgung für die wachsende Bevölkerung im Stadtbezirk 321?

Könnte zur Anlage eines weiteren Notbrunnens im Stadtbezirk auch das alte Wasserwerk Lamme genutzt werden?

Hintergrund:

Die Stadt Braunschweig verfügt derzeit über insgesamt 38 über das Stadtgebiet von Braunschweig verteilte Notbrunnen, die eine vom Stadtwassernetz unabhängige Trinkwassernotversorgung gewährleisten sollen. Zwei dieser Trinkwassernotbrunnen befinden sich derzeit im Gebiet des Stadtbezirks 321.

In der folgenden Tabelle ist die Bevölkerungsentwicklung in den statistischen Bezirken des Stadtbezirks 321 laut Melderegister im Vergleich 31.12. 2011 zu 31.12.2015 gegenübergestellt. Aufgrund der geplanten Neubaugebiete ist in der Zukunft ein weiterer Bevölkerungszuwachs im Stadtbezirk 321 zu erwarten .

Bevölkerung	Stand 31.12.2011	31.12.2015:
Watenbüttel Stat.35	2502	2521
Völkenrode Stat.34	1694	1725
Ölper Stat.36	1369	1492
Kanzlerfeld Stat.32 und Bundesanstalten 33	4011	3993
Lehdorf Stat. 29,30&31	7096	7213
Ölper Holz Stat.31	978	980
Alt Lehdorf Stat.29	1230	1300
Lehdorf Siedlung Stat.30	4888	4933
Gesamtbevölkerung	20803	21829

Gez.

Dr. Beate Janert

Anlage/n:

keine